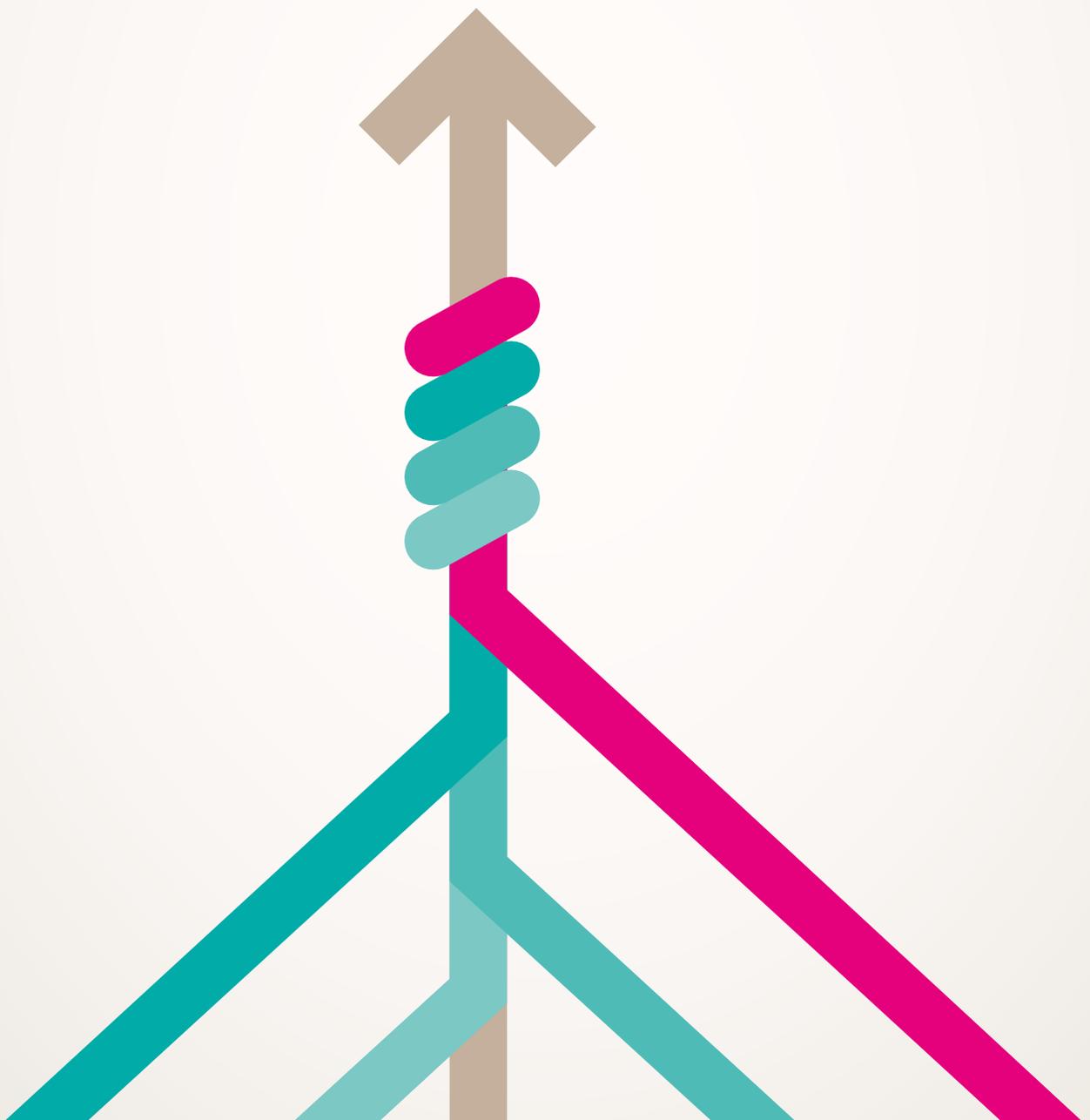


**DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER**

**DIE JUNGEN
UNTERNEHMER**

GEMEINSAM DEN WANDEL MEISTERN!

Forderungen von **DIE FAMILIENUNTERNEHMER**
im Saarland zur Landtagswahl



Kontakt

Ein Forderungskatalog von
DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin
www.familienunternehmer.eu

Ansprechpartner
Wolfgang Herges | Landesvorsitzender von DIE FAMILIENUNTERNEHMER im Saarland
herges@familienunternehmer.eu | Tel. 068 949 64 80

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V. | DIE JUNGEN UNTERNEHMER
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin
www.familienunternehmer.eu | www.junge-unternehmer.eu

Berlin, Januar 2022

Inhaltsverzeichnis

Einführung	2
1. Eine digitale Verwaltung, die Wirtschaft ermöglicht!	3
2. Fachkräftegewinnung ankurbeln!	4
3. Bildung digitalisieren und verbessern!	5
4. Für eine leistungsstarke Infrastruktur!	6
5. Klima- und Energiepolitik – effizient und bezahlbar!	7
6. Nachhaltige Finanzen und Wettbewerbsfähigkeit!	8

Gemeinsam den Wandel meistern!

Einführung

Das Saarland ist seit jeher ein Land des Strukturwandels. Schon der Ausstieg aus der Schwerindustrie konnte dank der Stärke von Mittelstand und Industrie erfolgreich bewältigt werden. Aufgrund ihrer Geschichte verfügt die Region über tief verwurzelte Familienunternehmen mit hoher Innovationskraft, einen starken industriellen Kern und eine Vielzahl an entsprechend qualifizierten Fachkräften.

Mit der ökologischen und digitalen Transformation steht das Saarland erneut inmitten eines Umbruchs. Um auch diesen Strukturwandel zu meistern, bringen die saarländischen Familienunternehmen branchenübergreifend ihre Stärken ein. Aus ihrem Eigenkapital tätigen sie Investitionen in digitale und umweltfreundliche Technologien. Damit Zukunftsinvestitionen auf hohem Niveau verstetigt werden können, ist eine Politik gefragt, die den Standort Saarland stärkt und eine Deindustrialisierung verhindert. Für etablierte, aber auch für neugegründete und neuansiedelnde Unternehmen braucht es Freiräume und Chancen zum Wachstum.

Aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER im Saarland gibt es für die neue Landesregierung deshalb folgenden dringenden Handlungsbedarf:

1. **Eine digitale Verwaltung, die Wirtschaft ermöglicht!**
2. **Fachkräftegewinnung ankurbeln!**
3. **Bildung digitalisieren und verbessern!**
4. **Für eine leistungsstarke Infrastruktur!**
5. **Klima- und Energiepolitik – effizient und bezahlbar!**
6. **Nachhaltige Finanzen und Wettbewerbsfähigkeit!**

1. Eine digitale Verwaltung, die Wirtschaft ermöglicht!

Die Verwaltung im Saarland hat aus Sicht der Familienunternehmer erheblichen Nachholbedarf. Auch wenn es grundsätzlich engagierte Mitarbeiter in der Verwaltung gibt, bestehen zu viele Hemmnisse für Wirtschaft und Investitionspläne. Statt durch mangelnde Digitalisierung, Kompetenzgerangel oder langwierige Prozesse vielfach der Bremser zu sein, muss die saarländische Verwaltung endlich zum Möglichmacher werden!

- **Digitalisierung von Verwaltungsleistungen:** Im Zuge der vom Onlinezugangsgesetz (OZG) vorgesehenen Digitalisierung zahlreicher Verwaltungsleistungen sollte der »Digitale Bauantrag« im Saarland Priorität haben: Saarlandweit müssen Bauanträge einschließlich aller erforderlichen Unterlagen digital möglich sein. Die Devise muss lauten: Unterstützen statt verhindern!
- **Digitale Kommunikation:** Das Versenden von Anträgen und der Austausch zwischen Behörden und Unternehmen muss in beide Richtungen digital erfolgen können – per E-Mail oder Web-Anwendung.
- **Kooperation:** Die Zusammenarbeit der Bau- und Planungsbehörden zwischen Landes- und Kommunalebene hat Verbesserungsbedarf (insbesondere zwischen der Landesregierung und der Stadt Saarbrücken). Bei Großprojekten (z.B. Unternehmensansiedlungen) sollte eine gleichberechtigte Steuerungsgruppe eingerichtet und Hierarchiedenken in einzelnen Behörden überwunden werden. Dies gilt auch für Großprojekte in den Landkreisen (siehe z.B. SVolt-Ansiedlung).
- **Verfahrensbeschleunigung:** Damit Projekte und Investitionen in den Standort schneller bzw. überhaupt realisiert werden können, müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Die Einhaltung von gesetzten Fristen für die beteiligten Behörden (i.d.R. vier Wochen) muss gewährleistet werden und andauernde Fristverlängerungen der Vergangenheit angehören.
- **Landesbauordnung:** Das Saarland braucht eine Landesbauordnung (LBO), die zum Bauen animiert statt zu bremsen! Eine Verschlankung der LBO ist dringend geboten, um Baukosten zu senken und schnelleres Bauen zu ermöglichen. Bürokratie- und kostentreibende Vorschriften zu Brandschutz und Gutachten sind zu reduzieren.
- **Gewerbeflächen:** Die Saarwirtschaft braucht dringend Flächen für Ansiedlungen und Erweiterungen in ausreichender Qualität und Quantität, die kurzfristig verfügbar sind. Die frühzeitige Flächenvorsorge ist gerade in Zeiten struktureller Umbrüche eine entscheidende Grundlage für Innovation, Wachstum und Beschäftigung.
- **Bürokratieabbau:** Die Landesregierung muss sich auf Bundesebene für einen Abbau grenzüberschreitender Hürden einsetzen. Hierzu gehört der Wegfall der A1-Bescheinigung für kurzfristige und kurze Dienstreisen. Denn dadurch sind spontane Fahrten zu Kunden nach Frankreich oder Luxemburg in der Praxis schwer durchführbar.

2. Fachkräftegewinnung ankurbeln!

Trotz hoher Ausbildungsbereitschaft und vielerorts hoher Arbeitgeberattraktivität leiden die Unternehmen zunehmend unter Personalengpässen. In vielen Branchen droht der Arbeitskräftemangel zur Wachstumsbremse zu werden. Angesichts des steigenden Bedarfs an naturwissenschaftlichen und digitalen Experten ist er ein Risiko für den Standort Saarland.

- **Flächendeckende Ganztagsbetreuung:** Familie und Beruf sind für viele Fachkräfte eine große Herausforderung. Das Land kann helfen und Potentiale durch flächendeckend hochwertige Ganztagsangebote für Kita und Grundschule heben.
- **MINT-Bildung:** Der Anteil der MINT-Fachkräfte in der Industrie in Relation zu allen Beschäftigten ist im Saarland mit 43,2 Prozent der dritthöchste (nach Baden-Württemberg und Bayern¹). Die wachsende Nachfrage nach Ingenieuren und IT-Experten verlangt nach einer Stärkung der schulischen MINT-Bildung. Auch an Kitas und Grundschulen sollte bereits das Interesse für Technik geweckt und Fortbildungsangebote für Erzieher und Lehrer ausgebaut werden. An den saarländischen Hochschulen ist eine quantitativ ausreichende und hochwertige MINT-Ausbildung gefragt.
- **Azubi-Rückgang auffangen:** Die Corona-Krise hat zu einem noch nie da gewesenen Rückgang neuer Ausbildungsverträge geführt. Im Ländervergleich ist das Saarland am zweitstärksten betroffen (minus 12,4 Prozent)! Darum braucht es dringend eine verstärkte qualifiziertere Berufsorientierung an Schulen sowie gezielte Maßnahmen, um mehr Studienabbrecher für eine duale Ausbildung zu gewinnen.
- **Weniger Schulabbrecher:** Die Schulabbrecherquote liegt im Saarland mit 7,2 Prozent über dem Durchschnitt der Bundesländer (6,6 Prozent in 2019). Hier braucht es eine bessere Früherkennung von Defiziten sowie spezielle Förderangebote und Hilfen für junge Menschen.
- **Homeoffice für Grenzgänger:** Die Home-Office-Regeln für Grenzgänger müssen vereinfacht und an die Realität des europäischen Wirtschaftsraums angepasst werden. Die geltenden Vorgaben für Mitarbeiter mit Wohnsitz in Frankreich erschweren die Suche nach qualifizierten Arbeitskräften z.B. im IT-Bereich, die problemlos von zu Hause arbeiten könnten. Bis jetzt gilt: Sobald mehr als 25 Prozent der Arbeitszeit in Frankreich verübt wird, muss ein Angestellter in das dortige Sozialversicherungssystem überführt werden.
- **Mehr Berufsorientierung:** Schüler an allen weiterführenden Schulen sollten verstärkt über die Chancen der dualen Berufsausbildung informiert werden.
- **Fachkräftezuwanderung:** Die qualifizierte Zuwanderung muss gesteigert werden, insbesondere durch eine umfassende Anwerbestrategie des Landes für Fachkräfte im europäischen Ausland und in ausgewählten Drittstaaten.

¹ IW MINT-Frühjahrsreport 2021

3. Bildung digitalisieren und verbessern!

- **Digitale Schulinfrastruktur:** Um die im DigitalPakt Schule veranschlagten Bundesmittel in Höhe von 60 Mio. Euro für den Ausbau der digitalen Schulinfrastruktur abzurufen, muss das Land die Schulen bei der Entwicklung der notwendigen Medienkonzepte verstärkt unterstützen. Zum Stichtag 30.06.21 waren erst 0,2 Prozent der Mittel abgeflossen.
- **Digitale Bildung:** Schüler und Auszubildende können den Nutzen von Digitalisierung nur erfassen, wenn die Lehrer die nötigen Fähigkeiten haben. Neben dem digitalen Anschluss und der Ausstattung der Schulen ist daher die digitale Qualifizierung der Lehrkräfte zu forcieren. Digitalkompetenz ist wesentlich stärker in die Lehramtsstudienpläne zu integrieren, damit digitale Unterrichtskonzepte, Kommunikationstools und KI-basierte Lernprogramme effektiv genutzt werden können.
- **Ökonomische Bildung:** Das Saarland landet in der OeBiX-Studie zur ökonomischen Bildung in Deutschland auf dem drittletzten Platz.² Ökonomische Bildungsinhalte werden in den verpflichtenden Ankerfächern an den Schulen nicht ausreichend vermittelt. Das Wissen um wirtschaftliche Zusammenhänge, verbunden mit einer chancenorientierten Darstellung des Unternehmertums, sollte umfassend und systematisch gefördert werden. Lehrpläne sind zu ergänzen, um Gründergeist und das Interesse der Schüler an Eigeninitiative zu wecken.
- **Digitalisierung der beruflichen Bildung:** Mittels digitaler Technologien muss sowohl die Beschulung in der Fläche sichergestellt als auch die Kooperation innerhalb und zwischen Lernorten gestärkt werden.
- **Lehrergewinnung:** Dem Lehrermangel muss durch einen Mix aus attraktiven Einstellungs- und Beschäftigungsbedingungen und einer Ausstattung, die den Anforderungen der Digitalisierung entspricht und berufliche Entwicklungsperspektiven schafft, entgegengetreten werden.

² OeBiX-Studie – Zum Stand der Ökonomischen Bildung in Deutschland 2021

4. Für eine leistungsstarke Infrastruktur!

Die zentraleuropäische Lage des Saarlands muss durch eine qualitativ hochwertige Einbindung in die europäischen und nationalen Verkehrsnetze genutzt werden und sich in kurzen Reisezeiten und günstigen Frachttarifen niederschlagen. Gleichzeitig ist eine flächendeckende digitale Infrastruktur für die Modernisierung von Unternehmensprozessen oder die Ansiedlung neuer Betriebe entscheidend.

- **Verkehrskonzepte, die alle Bürger im Blick haben:** Die Mobilitätsanforderungen von Bürgern und Unternehmen sind aufeinander abzustimmen und mit den Ansprüchen an eine intakte Umwelt in Einklang zu bringen. Ein attraktives, intermodal verknüpftes ÖPNV-Angebot und eine gute Erreichbarkeit für Radfahrer und Fußgänger sind dabei ebenso wichtig wie zentrumsnaher Parkraum für Pkws, Ladezonen für Lieferverkehr sowie Sharing-Angebote.
- **Vernetzte Mobilität:** Die Digitalisierung muss vermehrt zur Vernetzung einzelner Verkehrsträger und -infrastrukturen genutzt werden, um den Verkehrsfluss zu verbessern.
- **Straßenverkehr:** Das Saarland braucht eine leistungsfähige Straßeninfrastruktur. Nicht verlagerbare Verkehre müssen auch zukünftig den erforderlichen Raum bekommen, um Mobilität für alle zu ermöglichen und gleichzeitig attraktive Wirtschaftsstandorte zu erhalten.
- **Schienengüterverkehr:** Der grenzüberschreitende Schienengüterverkehr zwischen dem Saarland und Frankreich hat noch erhebliches Potential, das u.a. durch Industrieflächenplanung, die die Verlagerung von Transportmengen auf die Schiene unterstützt, gehoben werden kann.
- **Breitbandausbau:** Das Land muss die Anstrengungen beim Breitbandausbau weiter verstärken und den flächendeckenden Glasfaserausbau vorantreiben. Betriebe mit digitaler Spitzentechnologie produzieren immer größere Datenvolumina. Derzeit sind nur knapp 62 Prozent der saarländischen Haushalte mit Gigabitgeschwindigkeit versorgt – dies ist im Bundesvergleich nur Mittelmaß.³
- **5G-Mobilfunk:** Für einen forcierten Ausbau des 5G-Mobilfunkstandards sind schnellere Vergabeverfahren notwendig. Hierbei muss darauf geachtet werden, 5G auch in der Fläche auszubauen und nicht nur in Ballungszentren.

5. Klima- und Energiepolitik – effizient und bezahlbar!

Die Familienunternehmen treiben die ökologische Transformation durch ihre Investitionen in umweltfreundliche Technologien voran. Für eine effiziente und bezahlbare Klima- und Energiepolitik muss die Wirtschaft von der Politik als Partner wahrgenommen werden, nicht als Gegner. Industrie-feindliche Regulierung stellt für das Saarland als Industrieland und Heimat vieler energieintensiver Unternehmen eine besonders große Gefahr dar und setzt hochwertige Arbeitsplätze auf Spiel.

- **Marktwirtschaft statt Verbote:** Anstelle einer Subventions- und Interventionsspirale muss der EU-Emissionszertifikate-Handel das zentrale Leitinstrument der Klima- und Energiepolitik sein. Im Sinne der Dekarbonisierung, des globalen Klimaschutzes sowie sicherer Arbeitsplätze in Deutschland und Europa müssen marktwirtschaftliche Anreize für Unternehmen geschaffen werden, in klimaschonende Technologien zu investieren. Das geeignete Instrument hierfür ist die Zuteilung von Freizertifikaten an europäische Unternehmen, die klimaschonende Produktionsprozesse vorantreiben.
- **Energiekosten verringern:** Die nächste Landesregierung muss die Energiekosten für die Saarindustrie im Blick behalten und auf Bundesebene als Fürsprecher einer bezahlbaren Energiewende auftreten, um eine Deindustrialisierung zu verhindern. Insbesondere die Strompreise sind durch den Abbau staatlicher Lasten zu senken.
- **Versorgungssicherheit sicherstellen:** Der europäische Handel mit Strom erlaubt es, die Stromversorgung der verschiedenen Länder zu verzahnen und eventuelle Lücken größtenteils zu decken. Stromschwankungen im Millisekundenbereich führen bereits heute nachweislich zu hohen Schäden in der betrieblichen Produktion.
- **Eigenversorgung stärken:** Innovative Ansätze zur Energieversorgung in den Unternehmen müssten durch eine einfache und nachvollziehbare Gesetzgebung gefördert werden. Dieses mitunter leicht zu hebende Potenzial wird in Deutschland vor allem durch rechtliche Hürden ausgebremst.

³ Breitbandatlas der Bundesregierung 2021

6. Nachhaltige Finanzen und Wettbewerbsfähigkeit!

Auch wenn der Schuldenstand innerhalb des Jahres 2021 um 2,1 Prozent verringert werden konnte und die Schulden der Kommunen dank des Saarlandpakts um 13,7 Prozent gesunken sind: Der Landesschuldenberg von 14,2 Milliarden Euro bleibt immens. Unter den Flächenländern weist das Saarland mit rund 15.000 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung auf.⁴

Die Schuldenbremse erlaubt die krisenbedingte Verschuldung. Um der nächsten Generation finanzielle Spielräume zu lassen, dürfen Corona-fremde Ausgabenvorhaben nicht mit den aufgenommenen Schulden finanziert werden. Dies bedeutet, Einsparungen vorzunehmen, ohne gezielte Investitionen für den Wirtschaftsstandort Saarland zu vernachlässigen.

- **Schuldenbremse:** Das Saarland muss im Haushalt 2023 die Vorgaben der Schuldenbremse wieder einhalten. Die Ausnahmesituation darf nicht über 2022 hinaus als Begründung benutzt werden, um krisenunabhängige Wahlversprechen zu finanzieren. Darüber hinaus gilt es, die Schuldenbremse in ihren Grundsätzen nicht infrage zu stellen, sondern im Sinne der Generationengerechtigkeit beizubehalten.
- **Beamtenpensionen:** Die Pensionslasten im Saarland rangieren mit rund 40 Prozent des BIPs im Bundesvergleich weit oben.⁵ Angesichts einer überalternden Lehrerschaft ist die Finanzierung der wachsenden Pensionsausgaben eine zunehmende Herausforderung. Daher: Für alle neu einzustellenden Beamten müssen kostendeckende Rücklagen in einen zweckgebundenen Fonds eingezahlt werden. Für fehlende Stellen im öffentlichen Dienst müssen attraktive Konditionen geschaffen werden, die eine Alternative zur langfristig sehr kostspieligen und unflexiblen Verbeamtung bieten.
- **Gewerbesteuer anpassen:** Das Saarland steht mit anderen Bundesländern im scharfen Standortwettbewerb um Ansiedlungen. Eine Senkung der Standortkosten ist daher dringend notwendig. Die Kommunen sind dazu angehalten, bei einer sich bessernden Konjunkturlage die Gewerbesteuer zu reduzieren. Auch ohne eine umfassende Föderalismusreform muss es möglich sein, die finanzielle Ausstattung der Kommunen zu verbessern, damit diese die Unternehmen entlasten können.
- **Keine Grundsteuererhöhung:** Eine Mehrbelastung der Unternehmen durch die Reform der Grundsteuer muss vermieden werden. Die Kommunen dürfen das neue saarländische Modell nicht dazu nutzen, durch Anhebung der Hebesätze Steuererhöhungen vorzunehmen.

Packen wir's an!

Die nächste Landesregierung steht vor großen Herausforderungen, damit das Saarland auch morgen noch ein innovativer und industriestarker Standort ist.

Bei einer mutigen Umsetzung der genannten Punkte sind DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER im Saarland zuversichtlich, den Wandel zu meistern und die digitale und ökologische Transformation erfolgreich zu bewältigen.

⁴ Statistisches Bundesamt

⁵ Benz, Tobias 2015. Ausgabenprojektion, Reformszenarien und Rücklagenbildung der Beamtenversorgung in der Bundesrepublik Deutschland

